

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Sonntag nachmittags. Bezugspreis hier Haus monatlich 45.— M. Durch die Post monatlich 45.— M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Reichendruck 14, Remm 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Remm 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt: 300 M. für den halben Raum und Spalte; 700 M. für den vollen Raum und Spalte. Anzeigen, die nicht innerhalb der ersten 14 Tage nach dem Erscheinen des Blattes eintreffen, werden nicht angenommen. — Druckkosten: Remm 1048, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Einzelpreis 3 Mark

Samstag, den 26. August 1922

2. Jahrgang, Nr. 199

Die steigende Not und die Gewerkschaften

Der ADGB. als Helfer der Regierung fordert nichts — Stürmische Forderungen der Einheitsfront und des Kampfes aus den Betrieben — Letzter Dollarstand — 2050 Mark

ADGB. fordert — nichts!

Berlin, 25. August.

(Eigene Drahtmeldung.)

Wie die „N. N.“ erfahren, fand heute nachmittags eine Sitzung des Vorstandes des ADGB. mit Vertretern der beiden sozialistischen Parteien statt, in der eine Auseinandersetzung über die dringlichsten Maßnahmen gegen die steigende Not diskutiert wurde. Die Vertreter der sozialistischen Parteien erklärten sich mit dem Vorgehen der Gewerkschaften durchaus einverstanden. Es muß jedoch nochmals betont werden, daß die Gewerkschaften keine Forderungen im Sinne eines Programms aufgestellt haben, sondern daß die aufgestellten Richtlinien nur eine Anweisung für die Beilegung der dringlichsten Fragen geben sollten. In dieser Weise wird die Aktion weiter fortgesetzt werden, um möglichst rasch zu praktischen Ergebnissen zu gelangen.

In Sprünge und Schwankungen geht die Aufstellung der deutschen Mark weiter. Die Preise für alle Warenmittel springen ohne Unterbrechung aufwärts. Mit noch nicht dagewesener Wucht fallen die Schläge der deutschen Wirtschaftskrisis auf die Schultern der Arbeiter herab.

Unter den Millionen der deutschen Proletariats, die sich nicht wiederfinden ins Elend treiben lassen wollen, hat eine tiefe Gärung eingesetzt. Sie allein nützte die Spitze der Gewerkschaften nach monatelanger Untätigkeit an die Regierung mit Forderungen und Anregungen heranzutreten. Mit Vorschlägen und Anregungen — nicht mit Forderungen. Während die Sachverständigen, die Devisenkommission, die Industrieminister, die Wirtschaftspräsidenten eine Riesenhaule nach der anderen erleben, während das Unternehmertum täglich frecher auftritt und die Generalantenne gegen den Wirtschaftskrieg einstellt, während in München die Reaktion solchereicht steht, begnügen sich die Gewerkschaftsführer mit „vertraulichen Besprechungen“ in der Reichstagskammer. In einer unbedingten Erklärung läßt der ADGB. mitteilen, „daß die Gewerkschaften keine Forderungen im Sinne eines Programms aufgestellt haben, sondern daß die aufgestellten Richtlinien nur eine Anweisung für die Beilegung der dringlichsten Fragen geben sollten“. Also kein entschlossenes Handeln, kein Kampf gegen das Großkapital, sondern ein Vettergang zu den Ministern des Großkapitals. „In dieser Weise“, so schließt die offizielle Erklärung des ADGB., „wird die Aktion weiterfortgesetzt werden.“

In dieser Weise wird die Aktion weiter fortgesetzt werden? Die Arbeiter müssen sich darüber klar sein, was das heißt. Die Arbeiter wollen den Kampf für die Sicherstellung ihres Brotes und für die Verhinderung des kapitalistischen Wuchers; die Gewerkschaftsführer bieten eine Alternative voll Vorschlägen und Anregungen an die Reichsregierung. Nicht, daß wir es ablehnen, über den Inhalt der Richtlinien zu diskutieren. Das wollen die Führer der Gewerkschaften sehr genau. Und wenn sie den Forderungen zustimmen wollen, daß Salongespräche mit Wirth für die Arbeiterkraft etwas herausgeholt werden kann, so betrügen sie die Arbeiterkraft.

Die Moratoriumsverhandlungen erfolglos

Die Vertreter der Reparationskommission sind aus Berlin abgereist, ohne daß ein Resultat in der Frage des Moratoriums und der deutschen Währungsfrage erzielt wurde. Die Hoffnungen der deutschen Regierung auf eine Milderung der Moratoriumsbedingungen sind abermals jämmerlich gescheitert. Durch ihr Kommen, das mehrere Verhandlungen offen läßt, läßt die Wirth-Regierung lediglich ihren Rückzug zu bemerken.

Die Verelendung wächst — die Regierung berät

W.B.Z. Berlin, 25. August.

Die steigende wirtschaftliche Not, die sich weitestverbreitet hat, und die in den letzten Tagen durch die ungeheure Entwertung der Mark noch mehr zu verschärfen droht, ist Gegenstand ersterster Sorge der Reichsregierung. In einer gemeinsamen Besprechung der beteiligten Ressorts des Reichs, die heute nachmittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand, wurde eine Reihe von Vorschlägen geprüft, die auf die Eindämmung dieser Notlage abzielen. Es wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt, die die aufsteigende Notlage beizulegen, ihre Verhütung hierzu einem Ministerialrat vorzulegen, der morgen vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammenzutreten wird. Für Montag werden die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung nach Berlin kommen werden.

Die Verelendung wächst — die Regierung stellt Beratungen über eine Reihe von Vorschlägen an. Aber diese Beratungen werden nicht zu Ende geführt, sondern immer wieder von neuem verlagert, neue Forderungen, neue „Sachverständigen“ hinzugezogen, dann zur Abwechslung die Ministerpräsidenten und Innenminister zu einer gemeinsamen Beratung nach Berlin gebeten, Warnungen an Devisenpekulanten herausgegeben und den Gewerkschaften einige beruhigende Worte gesagt. Das sind die „Maßnahmen“ der Regierung gegen die Verelendung der Arbeiterkraft.

Arbeiterforderungen an die Gewerkschaften

(Eigener Drahtbericht.)

Esselen, 25. August.

Eine Belegschaftsversammlung der Kruppwerke hat einstimmig folgenden Beschluß:

Die Belegschaft der Kruppwerke, Essen, fordert vom Reichsrat energische Maßnahmen gegen Teuerung und Wucher. Die Belegschaften sind zusammenzuschließen zu einheitlichem Vorgehen. Wir erwarten, daß das Kartell sich in Verbindung setzt mit dem Bezirksrat Halle-Merseburg, um für Mitteldeutschland die Ernährungsmöglichkeiten des arbeitenden Volkes sicherzustellen.

Die Rundgebung der Belegschaft der Kruppwerke, die sicher die nachdrücklichste Unterstützung der Arbeiter in anderen Betrieben findet, verdient die größte Beachtung der Gewerkschaften. Viel zu lange zögern die beruflichen Organisationen der Arbeiterkraft, um dem Proleten das Stück Brot, das dem Hund auf dem Leibe zu liegen. Kostende Punkte und Forderungen haben die Arbeiter genug von den Gewerkschaften bekommen und aber nicht halt davon gewonnen. Es gilt jetzt zu handeln um der Ausweitung und Freisetzung ein Ziel zu setzen. Die sozialdemokratischen Strategen des Bergarbeiterverbandes, voran Herr Giese, lassen augenblicklich alle Minen springen, um die Bergarbeiter zu veranlassen, Ueberschüssen zu leisten. Herr Kalkstein und andere prominente Sozialdemokraten treten offen für die Suspension des Schlußdemokraten. Und Herr Knoll, einer der Größen des ADGB., erklärt ganz offen: Wir, d. h. die 8 Millionen organisierten Arbeiter, können nichts machen. Tatsächlich tun die Spionagenorganisationen nichts. Aus der USPD- und SPD-Fraktion erhebt man kaum etwas von den Not, die das Volk quält. Rundgebungen der Arbeiter, besonders Aufforderungen an die Spionagenorganisationen, den Kampf aufzunehmen zur Sicherung der Existenz des Proletariats werden unterdrückt. Dafür futtert man die Leser mit Begehrten gegen Sowjet-Rußland.

Der Kampf der deutschen Menschweissen gegen Sowjet-Rußland ist eine der Ursachen des größten Elends in Deutschland und der Wille in der Arbeiterrepublik. Ein Zusammenarbeiten Rußlands und Deutschlands hätte in beiden Ländern schon bessere Zustände schaffen können. Mit Hilfe der deutschen Industrie und der deutschen Arbeit wäre Rußland schon in der Lage, für große Mengen übernommener Anleihezerinsgüsse an Deutschland Lebensmittel in dem Umfange zu liefern, daß die Hungerdrollei bei uns nicht in so hochgradigem Maße hätte wüthend werden können. Das Zusammenarbeiten von Sowjet-Rußland und Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete haben die deutschen Menschweissen bisher verhindert und sie haben es weiter zu verhindern durch ihre infame Geheer. Und indem sie die deutschen Arbeiter mit der Hege gegen Rußland beschäftigen, haben sie die Aufmerksamkeit von der Hungernot in Deutschland abgelenkt. Die Arbeiter sollen nicht merken, daß unsere Koalitionspolitik nichts tun, um das deutsche Proletariat vor der vollständigen Verelendung zu bewahren.

Der ADGB. legt die Hände in den Schoß und sagt: Wir können nichts machen. Arbeiter! Wollt Ihr Euch damit begnügen? Nein! Ihr müßt Euch in den Betrieben als Proletariat verknüpfen. Hier müßt Ihr beginnen mit der Einheitsfront. Aus allen Betrieben müßt die Aufforderung an die Spionagenorganisationen ergehen, sich Betrüffungen zu erproben, daß der Kampf um die Sicherung der Existenz aller Werktätigen mit allen möglichen Mitteln aufzunehmen.

Die Pfalz ohne elektrischen Strom

Die Belegschaft des Homburger Kraftwerkes hatte gestern Mittag in einem einstündigen Ultimatum sofortige Lohn- und Arbeitsbedingungserhöhung verlangt. Da in dieser Zeit die Forderungen nicht erledigt werden konnten, verließen die Arbeiter den Betrieb, so daß die Pfalz seit 2 Uhr ohne jeden elektrischen Strom ist.

Tretet an zum Kampf um euer Leben!

Nach schlimmer noch als der Krieg müht heute der weiße Tod, Hunger und Entbehrungen aller Art unter dem Proletariat. Im Winter tritt zum Hunger der Frost. Zwei Bürger, die aus den elenden Proletariatswohnungen riefenbaste Ernte für den Friedhof holen.

Verhoffnung heigen die Preise. Die Kaufkraft des Lohnes sinkt und sinkt. Lohnrechnungen werden durch fortgesetzte Preissteigerungen mitsamtlos. Doch eine furchtbare Not das Proletariat quält und peinigt, das muß sogar das Sinnesorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 33 vom 3. August 1922) bestätigen. Wörtlich entnehmen wir dem Blatt folgendes:

„Wie in diese Tage hinein ermöglichte die lange Gewöhnung an Entbehrungen und das nur allmähliche Zusammenziehen des Schwammgürtels ein gewisses Durchhalten von Woche zu Woche und von Monat zu Monat. Jetzt aber überziehen sich die Einkünfte und nähern sich der von Ausenbild zu Augenbild in jeder Quantität erwartete Zusammenbruch. Arbeitslosigkeit muß mit Arbeitslosenunterstützungen begeben werden. Immer neue Massen von Hungerleidenden werden dazu gezwungen. Geldentwertung und Preissteigerung werden ruffisch, die Zustände verelenden! (1) Jetzt erstreckt sich dann dem deutschen Volk das Schicksal auf die einzige Weile: Deutschland hat zu wenig Brot, zu wenig Eisen, zu wenig Kohle und viel zu viel Menschen.“

Mit weniger Fleisch kann man auch leben, aber nicht gleichzeitig mit weniger Fett, Brot, Kartoffeln, Milch, Eiern, Käse, Zucker, Rizzen und Gewürzen. Um wieviel weniger die Deutschen seit acht Jahren gegessen haben, hat keine Statistik. Sie ergäbe wenig von wachsenden Kindergeheimnissen, viel von Schwindel, Husten und gar nichts von durch Noll und Sorgen gebrochenden Herzen. Alle Waren, die früher planmäßig verkauft wurden, sind heute mit Wertschöpfungen ausgekleidet. Von ihnen werden nicht nur eben viele Verelenden wie früher Wunden verkauft. Wenn man in London einem Bettler zwei Pence schenkt, kann er sich dafür ein Ei und ein großes Stück Weizenbrot kaufen. Wenn 75 Deutsche einen Bettler in Berlin jeder einen Groschen schenken, kann er sich erst ein Glas kaufen. Sogar die Bettler leben in Elend und Not.

Stärker noch als die Nahrungsmittel ist die allgemeine Einschränkung bei Kleidung und Wohnung. Wieviel weniger Meier Stoff heute jeder Deutsche für sich braucht, weiß man nicht, und wieviel weniger Spielraum der Deutsche heute in seinen vier Wänden hat, weiß man auch nicht. . .

Die Lage des deutschen Proletariats ist damit richtig geschildert. Nicht für jeden Deutschen. Die Schieber und Kapitalgewinnler, d. h. die Leute, die dem Elend nicht fern bleiben, kennen keine Not. Sie leben herrlicher denn je. Direkt läßt sich es, wenn das genannte Blatt die Massenproduktion der Notenscheine auf die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung zurückführt. Die hat damit sehr wenig zu tun. Die Notenscheine muß mit erhöhter Geschwindigkeit arbeiten, weil die Kriegsgewinnler und Kapitalgeber eine konsequente Steuerlabotage betreiben, weil sie die Kriegsgewinne und Kapitalgewinne in großem Umfange ins Ausland verschicken. Das Kapitalverbrechen fordert den Sturz der Reichsmark. Der Sturz der Reichsmark wird eine erneute Quelle gewaltiger Kapitalgewinne und daher systematisch betrieben. Der Sturz der Reichsmark treibt aber dem deutschen Proletariat die Preise für seine Lebensbedürfnisse riefenbaste hinauf. Der Sturz der Reichsmark verteuert weiter dem Reich die Devisen, die es zur Bezahlung der Reparationen zahlen muß. Der Sturz, Devisen zu kaufen, und die riefenbaste Preise, die der Sturz und die damit verbundene Verelendung des Großkapitalisten und Großindustriellen jassen müssen, bringen die Notenscheine in immer schnellerer Bewegung und lassen die Verelendung des Reiches von Woche zu Woche um Milliarden anschwellen. Die wachsende Verelendung legt dann wieder die Steuerherrschaft in rasende Bewegung. Aus der wertigsten Bevölkerung soll alles herausgepreßt werden. Und obwohl Unterernährung die allgemeine Erscheinung im Proletariat ist, schenken die Warenpreise weiter hinauf. Und das Anziehen des Schwammgürtels soll nun rufend erfolgen.

Als unmittelbare Auswirkung der Rattenau-Krise und des offenen Übergebens der USPD-Führerschaft zur Koalitionspolitik hat nun das deutsche Kapital zu entscheidenden Schlägen aus. Durch den ersten erneuten Sturz der Reichsmark und die damit verbundenen, das deutsche Kapital zu schenken. Und mit den erneuten riefenbaste Preissteigerungen legt eine verelendete Ausbeutung der deutschen Arbeiterkraft ein.

Überläßt sich das Proletariat wehlos den neuen Angriffen des Kapitals, dann wird es seine Existenz mit ungeheuren Opfern an Gesundheit und Leben bezweifeln müssen. Mit Revolutionen ist nichts getan. Die Arbeiter müssen selbst die Einheitsfront in den Betrieben herstellen. In den Betrieben

DFG

DFG

DFC